

Politik mit Jugendlichen gestalten

Im Rahmen des Workshops „ParticipAction 7.0“* des Kreisjugendrings Stormarn e.V. für politisch interessierte Jugendliche vom 7.11.- 9.11.2014 fand auch für Kommunalpolitiker ein Kursus am 8.11.2014 in Lütjensee statt. Thema war die Beteiligung von Kinder und Jugendlichen in der Politik, sowie Ideen zu sammeln und sich Gedanken darüber zu machen, wie man das Gespräch zwischen Politikern und Jugendlichen fördern und verbessern kann. Referiert wurde es von Herrn Carsten Roeder, Kommunalberater für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und Leiter des Kinder- und Jugendbüros der Stadt Itzehoe. Die Unabhängige Wählergemeinschaft nahm daran teil und lud auch mich dazu ein.

Laut UN-Partizipationsrecht §12-15 soll „der Staat [...] dem Kind eine eigene Meinung [zusichern]“ und diese an das Alter und die Reife des Kindes angemessen berücksichtigen. Dabei ist keine Alterszahl genannt und man könnte sagen, dass ein Kind ab dem Alter, in dem es sich in einfachsten Fällen entscheiden kann, zu Partizipation fähig ist. Nach §47f der Gemeindeordnung „muss [die zuständige Gemeinde] bei Planungen und Vorhaben, [welche] die von Kindern und Jugendlichen geäußerten Interessen berühren, die Kinder und Jugendliche angemessen beteiligen“. Dieser Paragraph behandelt nicht den Bedarfsfall, sondern den Fall, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen berührt werden. Die Gemeinde muss ein geeignetes Verfahren zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entwickeln, welches nicht festgeschrieben ist. Die Durchführung der Beteiligung von Jugendlichen muss die Gemeinde nach §47f Absatz 2 schriftlich dokumentieren.

Das geeignete Verfahren kann **projektorientiert** sein, also beispielsweise eine Future Group (eine Arbeitsgemeinschaft oder ein Engagement, wie Initiativen), eine Focus Group (fokussiert sich auf Forschen und Nachfragen) oder eine Schriftdiskussion (z.B. ein Blog). Auch in der **Mandatsform** kann das Verfahren geeignet sein. Dazu gehört ein Jugendparlament (stimmberechtigtes Mandat, hat eine Geschäftsordnung und wird gewählt), ein Jugendbeirat (kein Stimmrecht, wird nicht gewählt, hat eine Satzung und eine Geschäftsordnung und bekommt Aufträge zur Beratung), sowie eine Vollversammlung („Jugendeinwohnerversammlung“). In der Realität kommt es natürlich (auch) zu Mischformen.

Nach dem ersten theoretischen Block wurde eine Diskussion zwischen Jugendlichen und Politikern organisiert. Dabei äußerten sich folgende Probleme:

- Zufriedene Jugendliche, die keine Wünsche äußern, weshalb die Politiker oft nicht mit den Jugendlichen in Kontakt kommen;

Unabhängig. Kritisch. Engagiert.

- Jugendliche, die über ihre eigenen Möglichkeiten nicht informiert sind und nicht wissen, wo sie nachfragen könnten;
- Frage nach einem möglichen Erstkontakt zwischen Jugendlichen und Politikern;

Das einfachste wäre ein Erstkontakt über die Schulen, wobei manche Schulen dies nicht möchten. Eine Schule würde aber auch den Vorteil einer neutralen Umgebung und einen verpflichtenden Rahmen bieten. Man würde den Jugendlichen in einer fremden Umgebung eine Kontaktperson bieten, deren Gesicht und Person sie dann kennen.

Von einem Erstkontakt über Facebook oder ähnliche Netzwerke haben die jugendlichen Teilnehmer von „PartizipAction“ abgeraten, da der persönliche Kontakt fehle. Die Politiker könnten versuchen, die Kinder und Jugendlichen an Jugend- Treffpunkten oder direkt an Problemstellen anzutreffen, zum Beispiel bei der Renovierung eines Jugendzentrums oder ähnlichem.

Außerdem wurde vorgeschlagen, Schulausflüge in das Rathaus bzw. einen Tag der offenen Tür für Schulen im Rathaus zu organisieren, damit Kinder den Weg in die Räume kennen. Ein weiterer Vorschlag war, dass Gemeindevertreter in die Schulen gehen könnten und dort Schüler objektiv über Kommunalpolitik informieren könnten. In diesem Zusammenhang wurde auch auf ein Kommunalplanspiel der Friedrich-Ebert-Stiftung hingewiesen. Hierbei soll es sich um eine schauspielerische Darstellung von Ausschusssitzungen unter professioneller Anleitung handeln, an der auch „echte“ Politiker der eigenen Gemeinde mitwirken können.

Man sollte versuchen, die Jugendlichen direkt und emotional anzutreffen, also als Betroffene. Denn durch Unzufriedenheit kann man die Menschen am besten aktivieren. Für eine vernünftige Kommunikation müssen die Politiker auch die Jugendlichen ernst nehmen. Sie müssen eine authentische, verständliche Sprache sprechen, ehrlich und fair sein.

Deshalb ist es wichtig, keinen scheinbaren Erfolg zu garantieren. Der Politiker sollte höchstens versprechen, dass die Kinder und Jugendlichen angehört werden. Denn sie treffen **nicht** die Entscheidung (!!!), sondern „beraten“ lediglich und geben ihre Meinung ab.

Die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen kann dabei auf fünf Arten geschehen:

Unabhängig. Kritisch. Engagiert.

- Teilhabe
- Information
- Mitwirkung
- Mitbestimmung
- Selbstbestimmung

Die Förderung der Jugendlichen und das Wecken ihres Interesses an der Politik sind wichtig, denn wir als die heutige Jugend bilden die Gesellschaft in unserer aller Zukunft!!!!

Die UWA würde sich über neue Kontakte zu Jugendlichen freuen!

Neele Okens

Legende:

- <http://www.partizipation.de/>